

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

8.7.1863 (No. 158)

sich einerseits bis über die Spree in die Alexanderstraße u., andererseits bis an die Wall- und Kofstraße ausgebreitet. So eben, Nachmittags, wird eine Bekanntmachung des Polizeipräsidentiums angeschlagen, welche droht, daß, falls die Unruhen sich heute Abend wiederholen sollten, mit Waffengewalt un-nachlässig eingeschritten wird. Wir wiederholen, daß diese Tumulte keinerlei politische Bedeutung haben; sie zeigen aber von neuem, welche Sorte Pöbel sich hier befindet. Wenn die feudale Presse bereits den besten Willen zeigt, politisches Kapital daraus zu schlagen, so ist das eines jener Mandover, an die man längst gewöhnt ist. — Wie die „Nat.-Ztg.“ hört, hat der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung die Frage erörtert, ob es geeignet erscheine, daß die Gemeindebehörden sich an dem statistischen Kongreß beteiligen. Die Wehrheit war der Ansicht, daß im gegenwärtigen Augenblick der Zusammentritt eines internationalen Kongresses in Berlin nicht als zeitgemäß erscheinen könne, und sprach sich daher gegen die Beteiligung aus. Der Magistrat wird der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage in diesem Sinne machen. — Der Abtheilungsdirigant im auswärtigen Ministerium, Hr. v. Philippsborn, begibt sich nach Ostende. Die Vermuthung, daß seine Reise mit den handelspolitischen Beziehungen zu Belgien im Zusammenhang stehen möchte, wird durch die Zeitungen für unbegründet erklärt. — Täglich gehen Nachrichten über die Abschaffung der „Kreuzzeitung“ in den gefelligen Vereinen aus verschiedenen Städten der Monarchie ein.

Eine Bekanntmachung des Polizeipräsidentiums in Betreff der tumultuarischen Auftritte in der Dranienstraße lautet:

Die gerichtlich verhängte Ermithlung eines Miethers und die Art und Weise, wie derselbe an dem Fenster seiner Wohnung das Publikum auf das wider ihn eingeschlagene gerichtliche Verfahren aufmerksam machte, hat vor einigen Tagen zu einem Auslauf in der Dranienstraße Anlaß gegeben. In später Abendstunde wurde arger Unfug verübt. Die Schutzmannschaft, welche bemüht war, die Ordnung herzustellen, namentlich die angesammelte Menge auseinander zu treiben, fand Widerstand und wurde mit Steinen geworfen, so daß sie genöthigt war, von der Waffe Gebrauch zu machen und zu Verhaftungen zu schreiten. Die Vorgänge haben sich seitdem allabendlich wiederholt, die Ruhestörer haben dabei Beschädigungen des öffentlichen und Privateigentums vorgenommen. Das Polizeipräsidentium nimmt hieraus Veranlassung, die Einwohner der Stadt aufzufordern, nach Kräften beizutragen, daß der Fortsetzung solchen Unfugs und der Störung und Beeinträchtigung des nützlichen und friedlichen Verkehrs ein Ende gemacht werde. Jedermann wolle Sorge tragen, daß seine Angehörigen in den Wohnungen zurückgehalten werden, jedenfalls die Orte, wo Auslauf stattfindet, vermeiden; ferner, daß die Häuser, Läden und Schankstätten in den dem Auslauf zunächst belegenen Stadttheilen zeitig geschlossen werden. Die polizeilichen Beamten sind, sobald sie zum Einschreiten gegen die Menge genöthigt werden, außer Stande, sich auf Erörterungen Einzelner über die Gründe des Aufenthaltes und Verweilens an der Stelle des Auslaufes und der Ordnungswidrigkeiten einzulassen. Jedermann, welcher sich nicht ungekündigt von dem Orte der Ruhestörung entfernt, setzt sich der Gefahr sofortiger Verhaftung aus. Alle Ordnungsliebenden werden anerkennen, daß bei derartigen Vorfällen allen Anforderungen der Polizeibeamten unbedingt Folge geleistet werden muß. Nach §. 91 des Strafgesetzbuches werden Personen, welche sich zusammenrotten, und mit vereinten Kräften den Exekutivbeamten gewaltsamen Widerstand leisten, mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten, diejenigen Theilnehmer aber, welche Gewaltthätigkeiten gegen Personen und Sachen verüben, mit Zuchthaus von 2 bis 10 Jahren bestraft. Berlin, den 3. Juli 1863. Kgl. Polizeipräsidentium. v. Bernuth.

Berlin, 6. Juli. Der Straßenkrawall, der noch am Samstag Abend zu vielen schweren Verwundungen und zur Verhaftung von 250 Personen, meist jungen Burschen, geführt, hat sich gestern Abend nicht erneuert. Für den heutigen Abend sind umfassende Vorkehrungen getroffen. — Es verbreitet sich das Gerücht, daß die Rekruteneinstellung im Januar künftigen Jahres stattfinden werde; nur bei den in den Bundesfestungen stehenden Infanterieregimentern findet dieselbe Mitte Oktober d. J. statt.

Wien, 6. Juli. Die „Generalkorresp.“ schreibt: „Wie uns aus Warschau gemeldet wird, hat Marquis Wielopolski einen Urlaub erhalten, um sich in's Ausland zu begeben. Alles deutet darauf hin, daß seine politische Rolle,

Mannheim, 6. Mai. So wie gestern auf dem Festplatze die letzten Bühlerstücke das Ende der Preisvertheilung verkündeten, erlangen auch im Hoftheater die letzten Töne der Oper „Loreley“ von Bruch, und mit ihnen schloß die Bühne für einen Monat ihre Wirksamkeit. Die Mitglieder, soweit sie nicht bei dem morgigen großen Konzerte in Baden mitzuwirken haben, zerstreuen sich in nähere und fernere Erholungsplätze und Villenquartiere. Die Oper, um auf sie zurückzukommen, hatte erlesenen Besuch aus den Kreisen der Kunst. Da war Klara Schumann aus Baden, W. Kallwoda und Brandes aus Karlsruhe, Schindelmeyer aus Darmstadt, Lachner aus Frankfurt u. s. f. zu erblicken, die theilweise schon der Hauptprobe angewohnt hatten. Der Erfolg war heute noch mehr betont, als bei der ersten Aufführung; Gesang und Spiel der Frau Michaels-Nimbs hatte dankenswerthen Aufheil daran. Das Haus war, aufgehobenes Abonnement, Schützenvergügen und „die Hitze“ in Berechnung genommen, ein außergewöhnliches. — Das „längst gefühlte Bedürfnis“ einer regelmäßigen, wissenschaftlichen, nicht wildwüchsigen Kritik nicht nur der hiesigen, sondern auch der Karlsruher, Stuttgarter, Münchener, Darmstädter und Wiesbadener Aufführungen und Theaterzustände wird vom nächsten Spätsommer ab durch eine „Süddeutsche Theaterzeitung“, herausgegeben von W. Koffka, gewünschte Befriedigung erhalten. Denn der Name des Herausgebers, der im Felde der Dramaturgie nicht mehr seine ersten Spuren zu verdienen hat, bürgt ebenso, als was uns von Mitarbeitern in den genannten Städten bekannt ist, dafür, daß neben elegant geformter und geistig anregender Beurtheilung des Standes der dramatischen Kunst in Süddeutschland wir zugleich eine Art der Personalkritik erhalten werden, wie sie den Kunstinstituten aller Art noth thut. Was uns ferner zu vernehmen freut, ist, daß die Redaktionsbeziehungen zum „Mannheim. Journ.“ durch dieses Unternehmen keinerlei Aenderung erhalten.

wenigstens in diesem Augenblick, ausgespielt sei. — In gut unterrichteten Kreisen will man wissen, daß England sich einem Kongreß, der außer der polnischen Frage noch andere umfassen würde, energisch widersetze, da dadurch der eigentliche Zweck, die Schlichtung der polnischen Angelegenheit und die Erhaltung des europäischen Friedens, eher gestört und neuen Verwicklungen zugeführt, als gefördert würde. Dagegen soll besonders das französische Kabinet zu Konferenzen ad hoc, und zwar in Warschau selbst, geneigt sein, als einem Mittel, das Vertrauen der Polen zu gewinnen und die Pazifizierung des Landes zu ermöglichen.

Frankreich.

Paris, 6. Juli. Die Nachricht vom Ausbruch einer Militärrevolution in Athen, im Augenblick, wo man endlich hoffen konnte, von dieser griechischen Angelegenheit befreit zu sein, hat in hiesigen offiziellen Kreisen große Sensation erregt. Die „France“ will wissen, daß die Gesandtschaften von Frankreich, England und Rußland eine identische Note an die Nationalversammlung richteten, des Inhalts, daß sie abreisen würden, wenn das Land nicht sofort zur Ordnung zurückgeführt werde. — Aus Port Louis (Mauritiusinsel), 4. Juni, meldet das offiziöse Blatt, daß, wie man versichert, auf Madagaskar das Leben der Europäer respektirt wurde und die Königin Rajaoahery beabsichtige, die mit Frankreich und andern Nationen abgeschlossenen Verträge, sowie Freiheit des Kultus und des Handels aufrecht zu erhalten. — In der Börse war heute die Reihe der Haufe: Haufe auf Rente, noch mehr Haufe auf Cred. Mobil. Als politischen Grund für diese Reprise bezeichnete man einen Artikel des „Constitutionnel“, von Hrn. Vitu unterzeichnet, worin die 6 Punkte der Mächte nicht Konferenz als das äußerste Maß der Einmischung zu Gunsten Polens hingestellt und die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Polen einer Verständigung kein Hinderniß bereiten und nicht durch Forderungen, welche allein die Gewalt verwirklichen könnte, die Rolle Rußlands „zu leicht machen“ werden. Inzwischen ist es sehr fraglich, ob der Artikel als offiziöser anzusehen ist.

Wegen der großen Hitze ist der Kaiser heute nicht nach Paris gekommen; die Minister begaben sich zu einer Sitzung nach Fontainebleau, von wo aus der Kaiser sich morgen direkt nach Vichy begeben wird. — Wie in gewissen Kreisen versichert wird, hätte der Kaiser den Marschall Forey ermächtigt, nach der Einnahme Mexiko's nach Frankreich zurückzuführen und das Kommando der Expeditionarmee dem General Bazaine zu überlassen. Mit diesem Gerücht im Widerspruch stehen übrigens die fortwährenden beträchtlichen Sendungen von Verstärkungen und Material. Der „Armeemoniteur“ zählt heute wieder 2 $\frac{1}{2}$ Artilleriebatterien, eine halbe Kompagnie Pontonniers, 2 Trainshawadronen und 1 Kompagnie Genieappars auf, welche nach Mexiko eingeschifft werden. — Die „France“ widerlegt die Nachricht, daß die italienische Flotte nach Cherbourg kommen werde, um von Kaiser inspiert zu werden. — Die Börse war, wie gesagt, sehr fest. Rente 68.75. Wob. 1207.50. Span. 740. Ital. Anl.-Abz. des Coupons von 2.50 und unter Anrechnung des Stempels von 50 Cent. 72.35.

Niederlande.

Rotterdam, 4. Juli. (Südd. Ztg.) Die Erste Kammer hat heute einstimmig und ohne Diskussion vier wichtige Vorlagen angenommen, nämlich die drei Verträge mit Belgien, und das Gesetz über den Bau einer Eisenbahn auf Java. Unter jenen Verträgen ist der wichtigste der über die Ablösung des Scheldebollens; diese Angelegenheit von europäischem Interesse wäre somit vollständig erledigt. Die beiden andern betreffen in dem Handelsvertrag und dem Abkommen über die Bewässerungen an der Maas. Endlich hat die Kammer noch eine Vorlage über Ablösung von $\frac{1}{2}$ Million östindischer Schuld genehmigt, und hat sodann ihre Session geschlossen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 30. Juni. (A. Z.) Gegen den lituanischen Adel ist eine neue Strafe verhängt, die nicht verschleppen wird, großes Aufsehen zu erregen. Auf den Antrag des Generals Murawiew ist nämlich von der Regierung genehmigt worden, daß dem Adel in Grobno, Kowno und Wilno eine temporäre Steuer von 10 Proz. des reinen Einkommens auferlegt werden soll. In der betreffenden Verfügung, in welcher den Behörden die strengste Ausführung anbefohlen wird, wird u. A. angeordnet, daß der Generalgouverneur davon in Kenntniß gesetzt werden soll, aus welchen adeligen Familien sich Personen entfernt hätten, ohne daß man ihren Aufenthalt kennt, um diese noch höher besteuern zu können.

Warschau, 30. Juni. (Schles. Ztg.) Wir leben hier fortwährend in einer peinlichen Situation. Einerseits herrscht die „Nationalregierung“ mit eiserner Konsequenz, befreit Beschränkungen des Handels und des Verkehrs mit den russischen Staatsbehörden, denen man mit beinahe beispielloser Selbstverläugnung Folge leistet und — leisten muß; andererseits überwacht und spionirt die russische Regierung die Schritte und Tritte aller Einwohner, führt Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Repressivmaßregeln aus, und unter dem Eindruck des nationalen Terrorismus von der einen Seite und des Despotismus und der Willkür von der andern Seite stockt Handel und Wandel, und man fragt sich bange und verzagt: wie lange wird und kann dieser unnatürliche Zustand noch dauern? — Wie prompt und ohne Widerrede die Einkommensteuer an die Nationalkassette entrichtet wird, beweist die Thatsache, daß die hiesigen Kaufleute (echte Russen und altgläubige) ohne Widerrede die Steuer bezahlen. So kam dieser Tage ein Kassirer der Nationalregierung zu dem russischen Kaufmann M. und verlangte von ihm 1500 Rubel, die derselbe mit der größten Artigkeit ihm einhändigte. — Das Verbot der Klassenlotterie hat die Nationalregierung widerrufen.

Von der russisch-polnischen Grenze, 4. Juli. Man schreibt der „Generalkorresp.“: Die mit so vielem Aufwand an Mühe und Kosten vorbereitete Expedition nach Radzi-

willow ist gänzlich gescheitert und die Hauptkassette des Scheiterns liegt wieder an der mangelhaften Führung. Es ist die ewige Sucht der Freischarenführer, regulären Krieg zu spielen, während doch die eigenen Kräfte zur ernstlichen Führung eines solchen nicht ausreichen, welche wieder das Untertnehmen gleich im Beginne mißlingen ließ. Es sollten nämlich Wysocki und Horodyski gleichzeitig Radziwillow angreifen, und zwar am 1. d. M. früh Morgens. Wysocki aber, dessen Korps sich bei dem Dorfe Berlin, 1 Meile nördlich von Brody, formirte, hielt sich am 30. den ganzen Vormittag mit einer Messe, einer Rede, Fahnenweihe und Eidesabnahme auf. Mittags näherte sich das bereits aufmerksam gewordene österreichische Militär, so daß man eiligst aufbrechen mußte, 50 Wagen mit Lebensmitteln und etwas Waffen und Munition, sowie auch viele Marodeurs zurücklassend. Auch zu einer Mahlzeit konnten die Freischärler keine Zeit finden, sondern marschirten den ganzen Nachmittag und die Nacht durch gegen Radziwillow, wo sie um 8 Uhr früh erschöpft und doch zu spät ankamen. Das Horodyskische Korps, das sich südlich von Brody bei Buczyna formirt hatte, war bereits um 4 Uhr früh gegen Radziwillow marschirt (in der Stärke von 420 Mann) und hatte die Stadt angegriffen. Diese Nacht reichte aber nicht aus, und so wurde Horodyski zurückgeschlagen, wobei 36 Mann und der Anführer fielen, was noch den Erfolg hatte, daß die Russen, einmal alarmirt, Verstärkungen heranzuziehen begannen. Deshalb traf sie auch Wysocki bereits auf ihrer Hut, und es gelang ihm nur, einige Häuser zu besetzen, worauf er nach kurzem Kampfe zurückgezogen wurde.

Er zog gegen die Grenze, wo sich bei Lewiatyn der bereits bekannte harinädige Kampf entspann. Nach demselben bewegte er sich noch gegen Poczajow zu, wo er das Horodyskische Korps vermurthete. Nach erhaltener Nachricht von dessen vollständiger Niederlage überschritt er gestern früh die Grenze; die Freischärler gestreute sich und ein großer Theil wurde festgenommen. Auch die Waffen wurden verborgen, wie man aber vernimmt, nachher größtentheils in Dislowce entdeckt und konfisziert. Uebrigens hatten Viele schon früher einzeln den Weg über die Grenze genommen. In Radziwillow blieben gegen 60 Gefangene. Natürlich benützten die Kosaken die Gelegenheit zum Plündern, was viele Flüchtlinge nach Brody führte.

Die russische Nachricht von vollständiger Zersprengung des Lelewel'schen Korps ist unrichtig. Lelewel schlug sich zuletzt mit den Russen am 23. v. M. bei Boza, 4 Meilen von Siedlce in Poblachien, und mußte allerdings der russischen Uebermacht weichen, doch nicht ohne bedeutende Verluste auf Seite der Russen, die freilich nur einen Todten, dagegen aber vier todt Pferde zugeföhren, doch aber mehr als 10 Wagen mit Tornistern und Monturen der Gefallenen nach Warschau führten. Auch ist es übertrieben, daß auf Seite Lelewel's 200 Mann gefallen seien. Jetzt steht Lelewel, der allerdings nach beendetem Kampfe sein Korps nach Gierulatakt in mehrere Scharen getheilt hatte, was, wie gewöhnlich, russischer Seite als „Zersprengung“ bezeichnet wurde, wieder an der Spitze einer beträchtlichen Schar (dem Vernehmen nach gegen 1500 Mann). Der Marsch dieses kühnen Führers von der galizischen Grenze durch das ganze Gouvernement Lublin nebst Poblachien bis in die Gegend von Siedlce erscheint um so merkwürdiger, als derselbe Anfangs fast ohne Waffen begonnen wurde. Bei seinem Ausmarsch hatte Lelewel nur 18 Gewehre, grub dann bei Sierakon die von Jezioranski zurückgelassenen Feuerwaffen, an Zahl 200, aus und eroberte die übrigen Feuerwaffen seines Korps von den Russen.

So eben geht die Nachricht ein, daß der eine Führer des geschlagenen Korps nicht Horodyski, sondern Horodynski heiße. Auch scheint nicht Winiewski der jetzige Führer zu sein.

Griechenland.

Der neue König der Griechen hat an die griechische Nationalversammlung folgendes Schreiben gerichtet, welches die von Kopenhagen zurückgekehrte Deputation derselben überreichte:

Meine Herren! Dem Drange meines Herzens folgend, möchte ich meine Gefühle selbst aussprechen, und in eigener Person den Brief beileiten, worin Sr. Majestät der König von Dänemark kundgibt, daß er in meinem Namen die Krone annimmt, die zu tragen mich das Volk Griechenlands berufen hat. Mit Freude werde ich mich nach meiner neuen Heimath begeben, um Ihnen zu zeigen, daß ich von jetzt an keine andere Pflicht anerkenne, als die, als guter Grieche für das Wohl und die Unabhängigkeit der Nation zu leben und zu sterben. Ich hege das Vertrauen, meine Herren, daß durch Ihre Mitwirkung, durch die Freundschaft der Mächte, vor Allem aber durch Gottes Beistand die Interessen des Vaterlandes, die in der Zukunft stets und immerdar meine eigenen sein werden, zu seinem Besten geübt werden. Glücklich schätze ich mich, Sie, meine Herren, durch den Mund der guten und edlen Patrioten grüßen zu können, die, durch Ihr Vertrauen berufen, hieher gekommen sind, fern von ihrer Heimath, um mich als ihren König zuerst zu grüßen. Sie selbst werden Ihnen mittheilen, daß sie mich voll Sympathie für mein neues Vaterland gefunden haben, und daß ich den heißen Wunsch hege, bald in Ihrer Mitte sein zu können. Empfangen Sie mich, meine Herren, mit demselben Vertrauen, mit dem mein Herz gegen Sie erfüllt ist, und belehren Sie mich, wie ich mit Ihnen für das Wohl meines schönen Vaterlandes arbeiten soll, welches Gott unter seinem Schutz nehmen möge. Kopenhagen, den 9. Juni 1863. Georg I.

Großbritannien.

London, 6. Juli. Ihre Maj. die Königin Augusta von Preußen besuchte mit dem Prinzen und der Prinzessin von Wales gestern den zoologischen Garten und Richmond, und reist heute Nachmittag über Antwerpen nach Deutschland zurück. — Lindfay hat an die „Times“ einen Brief geschrieben, worin er Das, was Reichard im Parlament gesagt, als vollkommen wahr aufrecht hält. — „Morning Post“ veröffentlicht einen offiziellen Bericht der „Nationalregierung“ von Wilna über die Grausamkeiten Murawieff's.

Erstes badisches Landesfest.

Mannheim, 6. Juli. Das „Mannh. Journ.“ bringt folgendes Verzeichniß der ersten Preisträger bei den Festspielen:

I. Bei der Standessitzung „Mannheim“ den 1. Preis (300 Festgülden) Weigert aus Rehl; den 2. (einen prachtvollen Pokal, gestiftet von der Gesellschaft „Räuberhöhle“) Trüffel aus Lenzkirch; den 3. (einen Tafelaufsatz von der Schützengesellschaft in Mannheim) Blum in Schopfheim; den 4. (einen Stutzen, von der hiesigen Schießgesellschaft) J. Conrad aus Heidelberg; den 5. (eine deutsche Wehrbüchse) Pinto aus Heidelberg; den 6. (einen Stutzen) Nerlinger aus Karlsruhe; den 7. (Stutzen) Geiger in Schopfheim; den 8. (Stutzen) David Akerle in Mannheim; den 9. (Penduluhr) Wiedemann aus Pforzheim; den 10. (Stutzen) Seiler aus Freiburg; den 11. (Stutzen) G. Kub aus Mannheim; den 12. (Stutzen) L. Zaller aus Lenzkirch.

II. Bei der Standessitzung „Donaudorf“ den 1. Preis (Pokal von der hiesigen Gastinogengesellschaft) G. v. Carlshausen aus Weinheim; den 2. (100 Schützengülden von den hiesigen Bierbrauereien) Senn aus Bruch; den 3. (Stutzen) Böhm aus Rheinfelden; den 4. (Stutzen) Abgeordneter Lang aus Wiesbaden; den 5. (Niersteiner Wein) Lehmann aus Offenbach; den 6. (Pistolen von Deutschen in Paris) Rammelmeyer aus Ruppenheim; den 7. (ein Floss Holz) Müller aus Schopfheim; den 8. (Pokal) Sperling aus Mannheim; den 9. (Wasserschiff) Spemann; den 10. (goldene Ankeruhr) Baber aus Erlangen; den 11. (Pokal) Rüdiger aus Waldobrunn; den 12. (Pendul) Boller aus Braunfels.

III. Bei der Standessitzung „Schwarzwald“ erhielt den 1. Preis (silberne Büffel, Gabeln und Messer, Gabe der Withe aus Mannheim) Widlers aus Durlach; den 2. (Standuhr vom hiesigen „Sängerbund“) Richter aus Schopfheim; den 3. (Pokal der hiesigen Bierbrauer) Schepferle aus Lenzkirch; den 4. (Feuertafel) Lehmann aus Offenbach; den 5. (Pokal) Amman von Heidelberg; den 6. (Stutzen) Busch aus Neustadt; den 7. (Pokal) Walther aus Dürkheim; den 8. (silberne Büffel) Bachmeier aus Stuttgart; den 9. (12 Dukaten) Brönnner aus Frankfurt; den 10. (Stutzen) Kraus aus Kaiserlautern; den 11. (Ordnungstafel) Jäger aus Mannheim; den 12. (Becher) Geiger aus Schopfheim.

IV. Bei der Standessitzung „Baden“ erhielt den 1. Preis (Ctavi mit 12 silbernen Büffeln, Messern, Gabeln u. von einer Mannheimer Gesellschaft) Eugen Herold aus Konstanz; den 2. (Büchse, gestiftet von der ersten badischen Kammer) Hebbelich aus Bruchsal; den 3. (100 Schützengülden) J. L. Haas von Mannheim; den 4. (Stutzen) Hesel aus Sandhofen; den 5. (das silberne Heidelberger Faß) Enders aus Rehl; den 6. (2 Rifen Madeira) Lütke aus Schopfheim; den 7. (Pokal) Dahn aus Mannheim; den 8. (Stutzen) Valentin Lutzki aus Mannheim; den 9. (70 Schützengülden) Herbst aus Bruch; den 10. (Standuhr) J. Müller aus Freiburg; den 11. (Stutzen) Anton Hagen aus Mannheim; den 12. (Stutzen) J. Brauer aus Lahr.

V. Bei der Standessitzung „Deutschland“ erhielt den 1. Preis (die Germania der zweiten Kammer) Sauer aus Homburg; den 2. (Stutzen) Walther aus Mannheim; den 3. (Stutzen) F. Hölzlin aus Offenbach; den 4. (Stutzen) G. Breuninger aus Gießen; den 5. (Stutzen) Bader aus Erlangen; den 6. (Wein) A. Schafferodt aus Eisingen; den 7. (Stutzen) Müller aus Karlsruhe; den 8. (Stutzen) Niederer aus Walzenhausen; den 9. (Spiegel in Goldrahmen) Grollin aus Schwäbisch Gmünd; den 10. (Stutzen) Kösch aus Neustadt; den 11. (Stutzen) Würz aus Frankfurt; den 12. (Stutzen) Akerle aus Heidenheim.

VI. Bei der Standessitzung „Rhein“ erhielt den 1. Preis (225 Gulden) Sacher aus Zugun; den 2. (Pokal) W. Schauenburg aus Lahr; den 3. (Waffenkranz mit Büchse von der „Sängereinheit“ in Mannheim) Allpeter aus Dattweiler; den 4. (Standuhr) Scheierer aus Neustadt; den 5. (Stutzen) Joseph Müller aus Heidelberg; den 6. (Pendul) Vermittler aus Schopfheim; den 7. (Stutzen) Schöber aus Lahr; den 8. (Stutzen) Kern aus Bruch; den 9. (Stutzen) Niederer aus Walzenhausen; den 10. (Stutzen) Grünig aus Ebersstadt; den 11. (Stutzen) Blank aus Mainz; den 12. (50 silbernen Steinberger Rabinetsweine) Dorner aus Nürnberg.

4. Mannheim, 6. Juli. Gestern Abend fand zum Schluß des Festes noch ein zahlreich besuchtes Bankett statt, bei welchem die H. v. Cornberg aus Karlsruhe, Lang aus Wiesbaden, Dr. Cardat aus Karlsruhe, und Ellert von hier Ansprachen hielten. Die finanzielle Seite des Festes hat sich über Erwarten günstig gestellt.

Mannheim, 7. Juli. (Mannh. Journ.) Mit dem gestrigen Tage ist das erste badische Landesfest abgeschlossen worden und versammelte sich noch eine große Zahl Festteilnehmer in der Halle zum Schlußbankett. Hr. Prof. Horn von Kalken sein sprach auf den Wunsch einer Anzahl Schützen in längerer Vorrede über die deutsche Musik, das deutsche Lied und die deutsche Treue. Nach 10 Uhr setzte sich der Zug der Anwesenden unter Vorantritt der Musik und mit Fackeln und Lampen begleitet in Bewegung nach der Stadt, am Nordthor von den daselbst mit ihrer Fahne und Musik aufgestellten Gliedern der Schützengesellschaft empfangen, ging bis zum Paradeplatz, woselbst nach Absingung von Arndts Vaterlandslied und einem von Hr. Dr. Eller ausgebrachten Hoch auf das Vaterland die einzelnen Züge zur Abgabe der Fahnen sich zertheilten.

Das „Mannh. Journ.“ macht darauf aufmerksam, daß seine (auch in dieses Blatt übergegangene) Notiz über das Ergebnis des Schießens nicht als das Fact der Gesamtergebnisse angesehen werden dürfe. Letztere sei bis jetzt noch gar nicht herzustellen; so sei anzunehmen, daß man nicht wohl ein Mehr der Einnahmen über die Ausgaben erwarten könne, aber auch voraussichtlich kein Defizit sich ergeben werde.

Baden.

Pforzheim, 5. Juli. In diesem Sommer ist die Bauhätigkeit in hiesiger Stadt wieder ungemein lebhaft. Nicht bloß, daß zwei neue Straßen, die eine im südlichsten, die andere im nordwestlichen Theile der Stadt, eröffnet und bereits mehrere Neubauten an denselben in Angriff genommen wurden, sondern was noch besonders bemerkenswerth ist, ist dies, daß an verschiedenen Orten von vermöglicheren Einwohnern auch sehr hübsche Gebäude aufgeführt werden, bei welchen nicht bloß dem eigentlichen Bedürfnis, sondern auch dem Schönheitsfuss und dem guten Geschmack Rechnung getragen wird. Es ist dies um so erfreulicher, als in diesem Betreff hier im Allgemeinen noch nicht besonders viel gethan wurde. — Die ausgedehnten Anlagen um unsern Bahnhof stehen gegenwärtig, so jung sie auch noch sind, im üppigsten Grün und machen die ganze, so schön gelegene Dertlichkeit zu einem wahren Schmuck der Stadt.

*) Nach Angabe eines unserer Korrespondenten 225 fl. statt einem Floss Holz.

† Karlsruhe, 4. Juli. Achnundreißigste öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitze des ersten Vicepräsidenten, des Hrn. Generalleutnants Hoffmann. Regierungskommissäre: Die H. Staatsrath Dr. Lamery und Ministerialrath Burger. (Fortsetzung.)

Ges. Rath v. Mohl ist nach gewissenhafter Ueberlegung für das Gesetz, obwohl manche Frage darin nicht gelöst, und manche Einrichtung, die nöthig sei, nicht getroffen werde. Drei Dinge würden durch dasselbe geboten: einmal ein Stück Selbstregierung, und zwar in doppelter Richtung, indem gewählte Beamte theils die Verwaltung, theils die Administrativjustiz besorgten — letzteres ein ganz neuer Gedanke — und indem in den Kreisversammlungen den Interessenten die Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten übertragen sei. Dann werde die Verwaltungsgewalt eingeführt, freilich erst in den allgemeinsten Umfassen; endlich werde eine neue Organisation der Verwaltung im Ministerium des Innern stattfinden.

Ueber all Dies könne man sich sehr viele Fragen stellen, und nicht alle würden befriedigend gelöst erscheinen; in der Hauptsache aber werde man doch zustimmen können.

Selbstgovernment besetze allerdings nicht im Wählen, sondern im eigenen Handeln; das sei freilich in Deutschland noch lange nicht geübt eingeehrt.

Das Selbsthandeln werde stattfinden bei den Kreisversammlungen; Manches werde sich vielleicht bei diesen anders organisiren, als der Entwurf meine; er lege aber der eigenen Beschäftigung kein Hindernis in den Weg.

Anders stelle sich die Sache bei den Bezirksräthen — diese sind nichts Anderes, als gewählte Beamte auf zwei Jahre. Diese kurze Amtsdauer sei, wie der Hr. Vorredner schon hervorgehoben, nicht richtig. Ein gutes Theil der in America herrschenden innern Zerrüttung sei der kurzen Dauer der Aemter dort, besonders der richterlichen, zuzuschreiben.

Dann sei von Selbstverwaltung bei dem Institut der Bezirksräthe nicht die Rede. Sie seien eben Beamte, wenn sie auch aus dem populären Elemente hervorgegangen und gerade keine Berufsbeamten seien. Ihre Aufgabe sei, zu verwalten und Recht zu sprechen. Gegen das Erstere wolle der Redner nichts einwenden; aber dagegen kann er seine Zweifel nicht beseitigen, ob sie die verwickelten Fragen des Verwaltungsbereichs nicht meist nach naturalistischen oder gar Parteilichkeiten lösen würden. In dieser Hinsicht dürfte die jetzt beliebte Organisation kaum bestehen bleiben.

Daß das Gesetz die Verwaltungsgewalt einführe, sei sehr anerkennenswerth. Diese habe bis jetzt in Deutschland vollkommen gefehlt. Freilich lasse das Gesetz alle Fragen über die Zusammensetzung des Verwaltungsgerichts, die Stellung seiner Mitglieder, das Verfahren u. unbeantwortet.

Die vollkommene Unabhängigkeit derselben sei nicht möglich, da sonst leicht eine Gegenregierung sich geltend machen könne. Die Verwaltung müsse Einfluß haben auf die Verwaltungsgewaltspflege, — nicht auf die Entscheidung des einzelnen Falles, aber auf den Geist, in dem sie gelbt werde.

Die neue Ordnung der Verwaltung betreffend, so hält der Redner auch nicht viel auf kollegiale Verwaltung; in schwierigen Dingen möge eine Berathung von Nutzen sein, — allein im Allgemeinen müsse in der Verwaltung der Sach gelten: Selbst ist der Mann. Nur darum werde es sich handeln, die rechten Leute zu finden, die mit Erfahrung und Kenntnissen den richtigen Takt verbänden und nicht ihre Aufgabe etwa darin lägen, sich gegen die Beamten heimlich zu stellen und ohne Veranlassung Inquisitionen im Bezirk hervorzurufen.

Bei dieser Masse des Gebotenen frage es sich, ob des Guten nicht zu viel auf einmal gethan sei. Wenn aber dadurch, daß alle diese Dinge auf einmal eingeführt würden, eine größere geistige Bewegung hervorgerufen, so werde dadurch auch mehr Interesse, mehr Rührigkeit und Thätigkeit in jeder dieser Einrichtungen selbst hervorgerufen; eine werde dann von der andern getragen.

Eine letzte Frage endlich, ob es nicht besser wäre, wenn mancher Punkt des Entwurfs besser durchgearbeitet wäre, sei nicht absolut zu verneinen.

Dies Institut der Verwaltungsgewalt sei kaum in der ersten Instanz in klaren Umfassen gegeben; die zweite Instanz sei durchaus nebelhaft über die Zahl der Richter, die Stellung des Verwaltungsgerichts zur Regierung, welcher Einfluß dieser auf jenes zustehen, sei nicht angedeutet, und doch sei dies wohl nicht allein Sache der Organisation. Das Verfahren sei nicht bestimmt, werde auch wohl nur provisorisch durch eine Regierungsverordnung geregelt werden können, denn es sei eine Prozeßordnung wie jede andere auch. Daß man noch keine Erfahrung in solchen Dingen gesammelt sei, sei ein Grund, der eben so gut der Regelung durch Verordnung entgegenstehe.

Redner hätte gern gesehen, wenn ein Entwurf derselben jetzt schon vorgelegt worden wäre.

Ganz unbedingt könne man also dem Gesetz nicht zustimmen, doch aber im großen Ganzen, denn es wolle große, in manchen Dingen geniale Gedanken in's Leben einführen. Was nicht richtig sei, werde sich ändern. Auch England habe Jahrhunderte gebraucht, bis seine Verwaltung zu dem geworden, was sie jetzt ist.

Staatsrath Dr. Lamery: Wenn ein derartiges Gesetz, das eine durchgreifende Aenderung der Dinge einführen solle, vorgelegt werde, so müßten sich natürlich mancherlei Beanstandungen dagegen erheben. Dem Rednermann könne sich diese neue Ordnung auf seine Weise in Gedanken gestalten, während die Regierung doch wieder nur einen Gedanken ausführen könne. Dem Einen sei darin nicht genug, dem Andern zu wenig Neues verwirklicht. Wenn man aber auch das Alle nicht seiner selbst willen erhalten dürfe, so dürfe man auch nicht bloß um seiner selbst willen Neues machen; man lehne dieses besser an Das an, was sich bereits bewährt habe, und füge es diesem in gewissem Sinne ein.

Auch der Redner theilt die Meinung, daß durch Einführung von Wahlen allein nichts gebessert werde. Weder durch Wahlen noch durch Reden lerne man Etwas in der Welt, sondern durch die That; und es sei tief zu beklagen, daß in die politischen Gedanken unseres Volkes sich ein topfloser Formalismus nach und nach eingeschlichen habe, als ob durch Wählen Alles gethan sei.

Doch habe die Wahl, wie sie der Gesetzentwurf vorschläge, eine Berechtigung, denen gegenüber nämlich, über welche Recht gesprochen und die Verwaltung geführt werden solle.

Der erste Hr. Redner habe in dem Entwurf mehr eine Ideen- als eine Interessverwaltung erblickt; allein welche Organisation solle dem planen, niederkirten Staate gegenüber, wie er einmal geworden sei, ge-

trossen werden? Ständische Interessen kenne er keine mehr, die korporativen Ueberzeugungen, in denen sie sich verkörpert hätten, seien aufgelöst. So könne der Staat, um sein Gebäude darauf zu stützen, nur noch die Faktoren nehmen, die er eben finde, nämlich die Persönlichkeit und deren Werth, und ihr Vermögen als Theil ihrer Kraft und Bedeutung. Auf andere Stützpunkte könne man die Organisation nicht stellen.

Die Gewählten seien nicht notwendig die Besten; allein die Regierung habe keinen andern Maßstab, um die geeigneten Personen herauszufinden; eben so wenig gebe das Vermögen eine sichere Gewähr der Tüchtigkeit. Man müsse eben sich bescheiden, eine bestimmte Kombination zu finden, die das relativ Beste liefere, und diese dann zu ergreifen.

Der Entwurf schließe sich allerdings an das bestehende Recht an und ändere mehr die Organe der Verwaltung.

Er versuche die verschiedenen Sphären, in denen die Verwaltung sich bewegt, zu trennen. Die Interessvertretung sei in die Kreisversammlung gelegt. Diese solle schlichten, nicht vernichten. Politische Gefahren seien von dieser nicht zu erwarten, jedoch möglich, und deshalb seien die Kreise so zahlreich zu machen, daß die einzelne Versammlung nicht zu große Bedeutung gewinne.

Größere Besorgniß könnten die Bezirksräthe einflößen, denen ein Theil der Regierungsgewalt zugewiesen sei, sowohl Verwaltung als Verwaltungsgewalt. Sie seien von einer Behörde, welche Interessen zu vertreten habe, scharf zu unterscheiden. Sie seien unabhängig von denen, über welche sie die Verwaltung führen und Recht sprechen, und niemals als deren Mandatäre anzusehen. Der Einfluß des Ministeriums auf ihre Ernennung sei daher nicht Exorbitantes, — ihre Unabhängigkeit sei aber doch dadurch gewahrt, daß verschiedene Faktoren bei ihrer Ernennung mitwirkten.

Daß die Verwaltungsgewalt in ihre Hände gelegt sei, habe Bedenken erregt, die doch nicht so hoch anzuschlagen wären. Es würden der Regierung Berathgeber bereit werden können, wenn der Verwaltungsgerichtshof Grundfälle aufstellte, die der Anschauung der Regierung geradezu entgegenstünden. Allein diese würden doch nicht so groß sein, um sie nicht auf dem Wege der Gesetzgebung in kurzer Zeit beseitigen zu können, — auf der andern Seite aber werde durch ein solches Gericht auch gegen willkürliche Eingriffe Schutz gewährt und die Regierung genöthigt, auf dem rechten Wege zu bleiben. Ohne eine solche Stellung würde daselbst nur eine Ministerialsektion sein.

Was das Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof betreffe, so habe die Kommission des Hauses eine provisorische Feststellung desselben durch Verordnung vorgeschlagen — die Regierung habe das bestehende Recht in dem Entwurf aufgenommen gehabt. Eine neue Ordnung werde beim Mangel aller Erfahrung ihre große Schwierigkeiten haben.

Der Entwurf werde allerdings noch manche Mängel und Fehler zu Tage treten lassen; allein er werde doch praktisch durchführbar sein und im Allgemeinen sich bewähren. Am meisten dürfte wohl ein Mangel an geeigneten Personen zu besorgen sein. Der Redner würde es gern sehen, wenn unser Land so opulent wäre, daß die Gewährung von Diktäten u. nicht nöthig würde. Allein Bezirksräthe in genügender Zahl zu finden, die bloß um der Ehre willen ihr Amt versehen, werde kaum möglich sein. Auch die zweijährige Amtsdauer werde durch den gleichen Grund gerechtfertigt werden: mit längerer Amtsdauer werde man schwerlich Viele finden, die das Amt übernehmen wollten.

Ein Hr. Vorredner habe in dem Entwurf nur einen Mantel für den Bureaokraticismus gesehen — es sei möglich, daß in einem oder dem andern Amtsbezirk sich die Sache so gestalte. Allein der Mann im Mantel werde doch ein anderer werden. Die Rücksichten, die er auf den Amtsrath nehmen müsse, würden ihn hindern, Das zu sein, was man einen starren Bureaokraten nenne.

Ob zu viel auf einmal, das werde kontrovers bleiben; wenn es gut sei, werde es nicht zu viel sein; bei den unternommenen Organisationen habe das Alles auf einmal geändert werden müssen, wenn nicht große Klagen hätten entstehen sollen. Der Redner hoffe, daß nicht das Wenigste nur segensreich wirken werde. (Fortsetzung folgt.)

Bermischte Nachrichten.

* Auf der Station Mühlacker gerieth am 3. d. ein Wagenwärter zwischen die Puffer zweier Waggonen und wurde im eigentlichen Sinne zerquetscht; so daß der Unglückliche sogleich seinen Geist ausgab.

— Stuttgart, 6. Juli. (Schw. M.) Heute begann das erste Festschieszen des Schützenbundes für den Neckartheil.

— Reutlingen. Das Festkomitee zur Enthüllung des Gedenkmalbates auf den 6. Aug. zu dieser Feier ein. Das Festprogramm lautet: Mittwoch den 5. Aug., Vorabend des Festes, Mittags 4 Uhr: Gesellige Vereinigung in den in nächster Nähe des Bahnhofes liegenden Gärten des Museums und des Gasthofs zum Lamm. Abends 8 Uhr: Begrüßung der Festgäste im Saale des Gasthofs zum Kronprinz, ebenfalls neben dem Bahnhof gelegen. Donnerstag den 6. August, Festtag, Morgens 5 Uhr: Revue und Geselligkeitsabend. Morgens 8 1/2 Uhr: Versammlung der Festtheilnehmer an dem Festzug auf dem Marktplatz. Festzug durch die obere Wilhelmstraße an Friedrich Lifs Geburtshaus vorbei und die Gartenstraße entlang nach dem Denkmalbplatze. Morgens 10 Uhr: Enthüllungsfestlichkeiten. Mittags 1 Uhr: Großes Festessen in der zu diesem Zweck festlich decorirten Fruchthalle. Mittags 4 Uhr: Gesellige Vereinigung auf der Silberburg. Abends 8 1/2 Uhr: Großer Fackelzug nach dem Denkmal. Nach Beendigung des Fackelzuges gesellige Vereinigung in den Sälen des Gasthofs zum Lamm.

— Der Kölner Dom naht mehr und mehr seiner Vollendung. Am 1. Juli wurde das Mittelgewölbe desselben (eines der größten Gewölbe, die es gibt, da es über 60 Fuß Spannweite in der Diagonale hat) geschlossen. Während 14 Tagen wird das ganze große Kreuzgewölbe noch aus nächster Nähe zu besetzen sein, so lange das Rothdach vorhanden ist. Die Mittelwand vor dem hohen Chor wird demnächst fallen, schon hat man die Orgel abgebrochen.

* New-York, 23. Juni. Hr. Steamer „Africa“ und pr. Telegraph von Queenstown. Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd „Vrem en“, Kapl. G. Meyer, welches am 7. Juni von Bremen und am 10. Juni von Southampton gesegelt war, ist heute Morgen, nach einer Reise von 12 Tagen 12 Stunden, wohlbehalten von Bremen hier angekommen.

* Maxau, 7. Juli. Rheinwasserwärme: 17 1/2 Grad.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

